

105. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
25. Mai 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Vielfalt statt Quote - Faire Chancen für alle durch Leistung und Qualifikation - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 16/3660

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielfalt in der Zusammensetzung menschlicher Gruppen ist etwas Positives. Deswegen gehen wir bis zum ersten Wort Ihres heutigen Antrages zur Aktuellen Stunde mit. Aber dann hört die Gemeinsamkeit schon auf.

„Vielfalt statt Quote“ - damit erwecken Sie den Anschein, als seien Vielfalt und Quote Gegensätze. Das ist natürlich Unsinn. Ich will es am Beispiel der Frauenquote darstellen.

Die bisherigen Wünsche nach geschlechtlicher Vielfalt in der Wirtschaft haben sich nicht erfüllt. Zehn Jahre freiwilliger Selbstverpflichtung - das ist die Lieblingsmethode der FDP als Ersatz für politische Gestaltung - haben nichts gebracht. Immer noch hat kein einziges der hundert größten Unternehmen in Deutschland eine Frau an der Spitze. Wenn man den Finanzsektor außen vor lässt, dann haben wir mit Stand von Ende 2010 in den Vorständen der hundert größten Unternehmen gerade einmal acht Frauen. Man kann sie namentlich aufzählen. Wir können uns Deutschlands peinliche Position ansehen. Mit 2 % liegt Deutschland gleichauf mit Indien. Schweden hat 17 %. Dort hat man aber auch etwas getan.

Bei der anhaltenden Untätigkeit der aktuell amtierenden Frauenministerin in Deutschland hat man eher den Eindruck, ihr Amt wäre ihr peinlich und sie wäre es lieber früher als später wieder los. Frauen sind inzwischen besser ausgebildet. Aber offensichtlich gibt es unsichtbare Schranken, die verhindern, dass sie entsprechenden beruflichen Erfolg haben.

Sie, meine Damen und Herren von der FDP, zeigen mit Ihrer Formulierung des Titels Ihr Gesellschaftsmodell: „Faire Chancen für alle durch Leistung und Qualifikation“. Sie verweisen auf die individuelle Leistung, als sei sie bei Frauen schlechter als bei Männern, als könnte diese schlechtere Leistung eine Erklärung für das Fehlen von Frauen in Spitzenpositionen liefern und als könnte die geringere Leistung von Frauen eine Erklärung dafür liefern, dass von den Menschen, die in Niedersachsen ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, ungefähr 70 % Frauen sind, oder dafür, dass Frauen auch die große Mehrheit der sehr schlecht oder gar nicht bezahlten Arbeiten in dieser Gesellschaft wahrnehmen.

Sie können die Verantwortung für diese Verhältnisse nicht so einseitig auf das Individuum schieben nach dem Motto „Jede ist ihres Glückes Schmiedin“. So bequem mag die Individualisierungsrhetorik für Sie ja sein, aber so falsch ist sie eben auch.

Aber statt dass Sie oder Ihr Koalitionspartner nach zehn oder mehr Jahren erfolglosen Zusehens endlich Taten folgen lassen, kommt die CDU-Frauenministerin im Bund damit, dass sie weiter tatenlos zusehen will, und droht:

„Wenn die Dinge in den nächsten Jahren nicht besser werden, dann müssen sich die Unternehmen noch einmal selbst auf selber ausgesuchte Ziele verpflichten.“

Ich bin sicher, den Entscheidungsträgern in der Wirtschaft schlottern angesichts dieser massiven Drohung schon jetzt die Knie.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Hier in Niedersachsen streichen Sie gemeinsam mit der CDU das bisschen Quote im Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz, um auch hier nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren von der FDP, begreifen Sie endlich: Der Markt regelt nicht alles. Man kann nicht alle Verantwortung auf den Einzelnen delegieren. Das war bereits klar, als unser Grundgesetz geschrieben wurde. Darum sind die Sozialstaatlichkeit und die Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums im Grundgesetz enthalten. Die FDP hatte das in früheren Jahren schon einmal etwas besser verstanden und wusste, dass das Grundgesetz bei solchen Ungleichheiten politisches Eingreifen fordert. Aber Sie haben das inzwischen offensichtlich verlernt.

Meine Damen und Herren, die Festschreibung der Rollen der Geschlechter in dieser Gesellschaft hält sich hartnäckig. Sie wird sich erst dann auflösen, wenn die Menschen im täglichen Erleben eines zunächst durch Quoten erzeugten Miteinanders spüren und erleben, wie gut Vielfalt tut. Da ist politisches Eingreifen gefordert und die Quote auch ein gutes und politisches Mittel der Wahl.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Quote würde Barrieren in den Köpfen aufbrechen. Wenn das wirklich passiert ist, können wir gern gemeinsam die Quotierungsregelungen wieder streichen.

Politik heißt gestalten. Bei Ihnen von der FDP habe ich aber mehr und mehr den Eindruck, Sie verweigern jede politische Verantwortung. Sie privatisieren, damit Sie weniger Verantwortung tragen müssen. Sie verweigern jedes lenkende Eingreifen. Sie verweisen auf den Markt. Aber auch wenn er es nicht regelt, tun Sie nichts. Sie erklären den einzelnen Menschen zum Alleinverantwortlichen für sein Schicksal. Meine Damen und Herren, das ist keine Politik, sondern Politiksimulation.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines ist gut: Fast alle Wählerinnen und Wähler handeln inzwischen konsequent nach dem Motto: Wer wie die FDP nicht in politische Verantwortung gehen will, den soll man auch nicht in politische Verantwortung wählen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Ursula Helmhold [GRÜNE])